

## **Pressemeldung Freie Wähler Kreisverband Main-Kinzig**

25.11.2005

### **Freie Wähler wollen Aufklärung: Gezielte Fragen zur Situation an den Main-Kinzig-Kliniken**

„In der Regel interessiert uns wenig, was auf Parteitagen der großen Parteien gesagt wird. Wenn jedoch Landrat und Erster Beigeordneter derart unsachlich und überzogen auf Kritik reagieren, dann wollen wir Aufklärung.“ Mit diesen Worten kommentiert der Fraktionsvorsitzende der Freien Wähler im Kreistag, Jürgen Heim, die Kontroverse zwischen der Kreisspitze und dem früheren DGB-Vorsitzenden Sepp Sigulla aus Maintal.

Sigulla hatte kritisiert, dass die kreiseigenen Main-Kinzig-Kliniken zunehmend auf Billiglohnkräfte setzen und die Belegschaft um Arbeitsplätze bangen lasse. „Man muss die Meinung Sigullas ja nicht teilen,“ stellt nun Jürgen Heim fest. „Aber eine engagierte Vertretung von Arbeitnehmerinteressen einfach als „wirr“ und „unwahr“ abzutun, ohne auf die Kritik an der Personalführung überhaupt nur einzugehen, ist ausgesprochen schlechter Stil und deutet darauf hin, dass Sigulla einen ganz wunden Punkt angesprochen haben könnte.“

Besonders befremdet hat die Freien Wähler, dass der Geschäftsführer der Main-Kinzig-Kliniken sich in der Presse dezidiert gegen eine öffentliche Diskussion über die Veränderungen an den drei Kreiskrankenhäusern aussprach. Jürgen Heim: „Niemand will hier über interne Personalangelegenheiten diskutieren. Aber die Öffentlichkeit und der Kreistag haben ein Recht darauf, über Entwicklungen bei den Kapitalgesellschaften des Kreises informiert zu werden und Stellung zu nehmen. Die Freien Wähler stehen für den Verbleib der Kliniken in öffentlicher Verantwortung. Umso wichtiger sind Offenheit und Transparenz:“

Die FW-Fraktion hat deshalb dem Krankenhausdezernenten Günter Frenz eine Reihe von Fragen zur Personalführung an den Main-Kinzig-Kliniken gestellt. So fragt die Fraktion, wie viele 400-Euro-Kräfte an den Kliniken beschäftigt sind und welche Tätigkeiten sie ausüben. Auch will Heim wissen, ob Fachpersonal fach-fremd eingesetzt ist und wie vielen Mitarbeitern Auflösungsverträge angeboten wurden.

Abschließend pochen die Freien Wähler auf das Informationsrecht des Kreistages. „Ich setze an, dass die Kreisspitze jetzt nicht den großen Hammer hervorholt. Es muss im Kreistag möglich sein, auch auf möglicherweise unangenehme Fragen klare Antworten zu bekommen und anschließend sachlich über die Entwicklung an den Krankenhäusern zu diskutieren.“